



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Verordnung über den Bau und Betrieb von Garagen sowie über die Zahl der notwendigen Stellplätze zur Förderung der Elektromobilität ändern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Verordnung über den Bau und Betrieb von Garagen sowie über die Zahl der notwendigen Stellplätze per Erlass dahingehend zu ändern, dass Garagen eine ausreichende Anzahl von Einstellplätzen haben müssen, die über einen Anschluss an Ladestationen für Elektrofahrzeuge verfügen und dass der Anteil dieser Einstellplätze bezogen auf die Gesamtzahl der Einstellplätze mindestens 5 Prozent betragen muss.

Begründung:

Elektromobilität ist lokal gesehen eine ideale Möglichkeit, die Umweltbelastung durch den Verkehr zu reduzieren. Elektrofahrzeuge ermöglichen in Verbindung mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen eine moderne klimaverträgliche und Ressourcen schonende Mobilität.

Um die Elektromobilität im privaten Verkehrsbereich für den zukünftigen Markt praktikabel und attraktiv zu gestalten, ist es schon jetzt erforderlich, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Um ein ausreichendes Netz an Ladestationen für Elektrofahrzeuge zu gewährleisten, ist die Ergänzung der Garagenverordnung notwendig und sinnvoll.